

# Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

Bahnstraße 50  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 47 92 41  
Telefax: 0208 / 47 96 68  
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**  
 **Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3**

## Anfrage

**Nr.: A 10/0679-01**

gemäß § 10 der Geschäftsordnung

**öffentlich****Datum:** 31.08.2010**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Herrn Vorsitzenden Johannes Gliem des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:****Status:\* Datum: Gremium: Berichterstattung:**

Ö 16.09.2010 Sozialausschuss Eva Weber

\* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

## Abschaffung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld

**Anfrage:**

1. Wie viele Mülheimer Haushalte wären von der im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 seitens der Bundesregierung geplanten Abschaffung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld betroffen?
2. Welche finanziellen Auswirkungen hätte die Realisierung dieser Planungen auf die Stadt? Von welcher Mehrbelastung geht die Verwaltung aus?

**Begründung:**

Die Bundesregierung plant, das Wohngeld im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 deutlich zu kürzen. Erwogen wird, den erst 2009 aufgrund explodierender Energiekosten eingeführten Heizkostenzuschuss wieder abschaffen. Dies könnte für die Kommunen zu immensen Zusatzkosten führen. Während das bislang gezahlte Wohngeld je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert wird, müssten dann unter Umständen die Kommunen mittels von ihnen allein zu tragender Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV einspringen. Die

Abschaffung des Heizkostenzuschusses wird somit zu einer Verschiebung und damit einer einseitigen Belastung der Kommunen führen. Ohne ihn werden zunehmend mehr Menschen auf zusätzliche Unterstützung durch Hartz IV und damit auf kommunale Leistungen angewiesen sein.

Thomas Behrendt  
Fraktionssprecher